

erarbeitet werden, sondern diese aufnehmen, problematisieren und mit anderen Einschätzungen zum Thema konfrontieren. Dabei verwende ich über Jahre gesammelte zeitgeschichtliche Dokumente.

Zur Klärung der Voraussetzungen scheint mir notwendigerweise zu gehören, einige auf das Thema bezogene Aspekte der theoretischen Diskussion aufzunehmen. Die DDR-Opposition verfügte nicht über das intellektuelle Potential wie die vergleichbaren anderen Bewegungen ostmitteleuropäischer Staaten. Vor allem ist ein direkter Zusammenhang zwischen Theoriebildung und Reflexion auf der einen Seite sowie der Gruppenbildung und politischen Aktion auf der anderen Seite kaum zu erkennen. Daß aber dennoch Zusammenhänge zwischen politischer Theorie und Aktion bestehen, scheint mir gerade im Blick auf die vergleichsweise schwache DDR-Opposition eine interessante These zu sein. Nach Sichtung des Quellenmaterials und ausgewählter Sekundärliteratur zeichnen sich deutlich die Jahre 1981/82 und 1989 als Kristallisationspunkte widerständigen und oppositionellen Verhaltens ab. Wie sich nun die Initiativen im schwer durchschaubaren Gelände der zumeist kleinen Widerstandformen – man denke an Wahlverweigerung, Ausreisanträge oder den Rückzug einzelner aus den sogenannten gesellschaftlichen Massenorganisationen – heute darstellen und welche Impulse aus jener Widerstandskultur bedeutsam bleiben, möchte ich fragen und erste Antworten versuchen. Im ganzen möchte ich versuchen, die Rezeption der Ideale, die den Widerstand begründeten, zu dokumentieren.

## I. *Theoretische Zugänge und politische Voraussetzungen*

### 1. *Subalternität und neuer Bund – Rudolf Bahro*

Ein Wort ging um, nachdem im August 1977 Rudolf Bahros Kritik am real existierenden Sozialismus unter dem Titel „Die Alternative“ erschienen war. Das Wort hieß Subalternität. Bahro sprach weniger mit seiner marxistischen Analyse an. Vielmehr traf er mit diesem Wort das Selbstfinden eines großen Bevölkerungsteils, nämlich dem allgegenwärtigen Staat unter- bzw. eingeordnet zu sein. Gerade in den siebziger Jahren mit dem Machtantritt Erich Honeckers als Generalsekretär der SED sowie der Möglichkeit des visafreien Reiseverkehrs nach Polen und der CSSR hatten sich vage Hoffnungen auf eine Liberalisierung – und dies unter sozialistischen Vorzeichen – eingestellt. Subaltern, unterworfen der jeweiligen Dienst Einheit im Staat SED, empfanden sich viele bis hin zum Dorfpolizisten oder CDU-Gemeinderatsmitglied. Einer pyramidalen Herrschaft unterworfen – das war das Grundgefühl vieler Menschen sogar bis hinein in jene Staatspartei selbst.

„Die geschichtliche Aufgabe, von der ich spreche, ist die Überwindung

der Subalternität, der Daseinsform und Denkweise 'kleiner Leute'. Sie bedeutet in ihrem Kern Aufhebung der alten, vertikalen Arbeitsteilung, Umwälzung der ganzen mit ihr verbundenen Bedürfnisrichtung und -struktur. Sie geht einher mit der radikalen Veränderung aller unserer gewohnten Institutionen und Verfahrensweisen in Gesellschaft und Wirtschaft. Die massenhafte Überwindung der Subalternität ist die einzig mögliche Alternative zu der grenzenlosen Expansion der materiellen Bedürfnisse.<sup>1</sup>

Auch andere marxistische Termini wandte Bahro auf die Situation der DDR an – die Entfremdung der Individuen von der gesellschaftlichen Macht, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch eine kleine Parteilite bzw. den Staatsmonopolismus, die Steuerung der Bedürfnisse unter den Produktivkräften. Insbesondere im 10. Kapitel „Bedingungen und Perspektiven der allgemeinen Emanzipation heute“ fallen Analyse und Entwurf für eine erneuerte Gesellschaft in eindringlicher Weise zusammen.<sup>2</sup>

Der Verfasser erinnert sich an eine Begebenheit, die etwas von der Wirkung des Buches deutlich macht. Am 7. Oktober 1978 fand in der Dresdner Weinbergskirche, Anfang der siebziger Jahre Zentrum der Offenen Jugendarbeit der Evangelischen Kirche in Sachsen, im Rahmen eines Abendgottesdienstes eine Lesung aus Bahros Buch statt. Ein Gefühl, daß hier einer die Wahrheit über unser Leben auszudrücken vermag, beherrschte den Raum. Pfarrer Eduard Berger, heute Bischof der Pommerschen Landeskirche, lud anschließend zur Diskussion ein. Wenige wagten zu sprechen, die persönlichen Konsequenzen wurden bewußt. Nur einer äußerte Kritik, daß man doch wohl mit einem kommunistischen Bund nicht mit der Illusion des Kommunismus fertig werden würde.

Im „Leseland DDR“, wie Hermann Kant und das „Neue Deutschland“ immer wieder einzuträufeln wußten, in der DDR also bildete sich spontan eine nicht zu überblickende Zahl von Lesegemeinschaften, kleinen Zirkeln, die das Buch von Bahro lasen und besprachen. Es gab schon solche informellen Kleingruppen, aber zu einer wirklich verbreiteten Erscheinung wurden sie erst mit dem Buch von Bahro. In Wohnungen, evangelischen Studentengemeinden, in Freundeskreisen wurden Bahros Thesen diskutiert – bei dem Umweltschützer Joachim Krause in Dresden, bei dem Wissenschaftler Jens Reich in Berlin, bei dem Studentenpfarrer Axel Noack in Merseburg. Erinnert sei hier auch an die vielen Mutigen, die Einzelexemplare oder auch abgepackte Kartons mit Bahros Büchern in die DDR schleusten. Letzteres war durchaus üblich. Das verhaltene Gespräch über Tatsache und Inhalt des Buches nahm unter kritischen Leuten eine weite Verbreitung ein, dennoch wurde das Werk keine Programmschrift für die Opposition.

1 Rudolf Bahro, *Die Alternative*, S. 321.

2 A.a.O., S. 299–361.

Im schon erwähnten 10. Kapitel seines Buches formulierte Bahro fünf Zielrichtungen, wie aus der Subalternität reale Gleichheit und damit gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben werden konnte. Als vierte Forderung steht „persönliche Kommunikation autonomer Gruppen“.<sup>3</sup> Zusammenfassend meinte Bahro damit:

“...die Herstellung von Bedingungen für ein neues Gemeinschaftsleben auf der Basis autonomer Gruppenaktivitäten, um die sich erfüllte menschliche Beziehungen kristallisieren können, um von hier aus der Isolierung und Vereinsamung der Individuen in den Einzelzellen der modernen Arbeits-, Schul-, Familien- und Freizeitwelt eine Grenze zu setzen, ...“<sup>4</sup>

Im Zuge seiner marxistischen Theoriebildung erfaßte Bahro, daß ein Aufbruch aus der unabänderlichen Situation in der ummauerten DDR nur unter Mitwirkung eines jeden und im Rahmen kleiner Gruppen erfolgen könnte. Er dachte hier allerdings weder an die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ noch an die in den achtziger Jahren entstandenen unabhängigen und kirchlichen Gruppen, sondern an einen umwälzenden Vergesellschaftungsprozeß. Angestoßen werden sollte dieser Prozeß durch den „Bund der Kommunisten“, der entweder neben oder in der Partei zu gründen wäre. Unter der Überschrift der „Emanzipation“, einem auch in den achtziger Jahren unter den widerständigen Gruppen der DDR häufig gebrauchten Begriff, gipfelte die Illusion in folgender Behauptung:

„Aufgrund ihrer Autonomie werden schon die ersten konsistenten Kerne des neuen Bundes ihren Auftrag erfüllen, alle individuell kommunistischen Elemente geistig und emotional an sich heran- und von der offiziellen Struktur abzuziehen. Der Parteiapparat kann sie nicht halten, denn er steht seinem Wesen als starre Pyramide nach still, während die denkenden Elemente, von den Widersprüchen des Lebens angetrieben, dahin tendieren, immer 'exzentrischere' Positionen einzunehmen.“<sup>5</sup>

Bahros gelegentlicher Denkbezug zur Kirchengeschichte wird auch hier bemüht. Es gilt

“... für die Perspektive der Partei das Muster der Reformation in Anspruch zu nehmen. Das Wort drängt sich ja auch immer wieder auf. Man muß wissen, was man damit sagt. Reformation erreicht vielleicht nicht unbedingt, aber sie beabsichtigt immer Rekonstruktion, Wiederherstellung und Regeneration, Wiedergeburt, ist also wesentlich 'positiv', nicht selten jedoch mit letztlich konservativer Konsequenz wie beim Luthertum.“<sup>6</sup>

3 A.a.O., S. 349.

4 A.a.O., S. 325.

5 A.a. O., S. 411.

6 A.a. O., S. 412.

Interessant war nun, daß Bahro mit seinen Thesen eine Diskussion sowohl über die Entstehung von gesellschaftlichen Gruppen als auch über mögliche Aktionsformen angeregt hatte. Kommunistische Gruppen mit ernsthaftem Einfluß allerdings waren seither nicht zu vernehmen, und auch aus internen Kreisen der SED war nichts Wirksames über eine Reformation der sozialistischen DDR zu hören. Der Verfasser erinnert sich an die Ratlosigkeit, die sich nach der Lektüre einstellte: Wer sollte das tun, was Bahro forderte? Es gab keine Personengruppe, die sich seiner Ideen wirklich annahm. Festzuhalten bleibt aber, daß diejenigen, die sich mit der „Alternative“ befaßten, künftig dazu gedrängt wurden, von außen dem Machtanspruch der SED etwas entgegenzusetzen.

## 2. *Freiheit des Christen und verbesserlicher Sozialismus – Heino Falcke*

Ohne die evangelische Kirche in der DDR kritisch zu beleuchten bzw. ihren Versuch des Ausgleichs und der Mittlerrolle zwischen Gruppen und dem SED-Staat zu erhellen, kann das widerständige Verhalten und dessen zunehmende Selbstorganisation nicht verstanden werden. Daß sich die evangelische Kirche – in der DDR stärker als anderenorts in Tradition der Theologischen Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen (1934) und ihres Wortes vom freien und dankbaren Dienst an den Geschöpfen stehend – auf sozialetische Themen in kritischer Absicht einließ, ist insbesondere dem Erfurter Propst Heino Falcke zu danken. Die Selbstdefinition der evangelischen Kirche unter sozialistischen Bedingungen, nämlich nicht gegen oder neben, sondern im Sozialismus zu handeln, wurde in bestimmter Richtung verschoben. In seinem Synodalvortrag vor der Synode des DDR-Kirchenbundes in Dresden 1972 formulierte Falcke zwei späterhin geradezu geflügelte Worte, auf die sich kritische Christen zuweilen beriefen: die „konkret unterscheidende Mitarbeit“ und den „verbesserlichen Sozialismus“.

„Weder von Sozialisten noch von Antikommunisten können wir es uns nehmen lassen, unsere Gesellschaft im Licht der Christusverheißung zu verstehen. So werden wir frei von der Fixierung auf ein Selbstverständnis des Sozialismus, das nur noch ein pauschales Ja oder ein ebenso pauschales Nein zuläßt. Christus befreit aus der lähmenden Alternative zwischen prinzipieller Antistellung und unkritischem Sich-vereinnahmen-lassen zu konkret unterscheidender Mitarbeit.“

... Eben weil wir dem Sozialismus das Reich der Freiheit nicht abfordern müssen, treiben uns solche Erfahrungen nicht in die billige Totalkritik, die Ideal und Wirklichkeit des Sozialismus vergleicht und sich zynisch distanziert. Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus.

...Um der mündigen Mitarbeit willen wäre es wichtig, wenn unsere Ge-

sellschaft den Spielraum an offener Diskussion erweitert. Verantwortliche Mitarbeit wird angestrebt.

Würde die Bereitschaft dafür aber nicht wachsen, wenn auch 'heiße Eisen' offener diskutiert werden könnten, wenn Andersdenkende nicht sogleich als Falschdenkende behandelt würden, die erzogen und geschult werden müssen, sondern wenn man sie als mündige Partner achtete?<sup>7</sup>

Unter der Voraussetzung der Akzeptanz einer sozialistischen DDR hob Falcke auf revisionistische Positionen ab. Dabei ging es ihm nicht um die Projektion des humanen Sozialismus bzw. „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“, wie ihn Alexander Dubcek, Robert Havemann u. a. forderten. Falcke wollte Mündigkeit des einzelnen verstanden wissen als ein mit dem Menschsein verbundenes Recht, sich für Verbesserungen und ein humanes Leben einzusetzen. Allerdings gestand die Rede von der Mitarbeit selbst schon ein, daß der angebliche Partner nicht wirklich Partner sein konnte, ihm also Arbeit und das heißt Gestaltungsrechte in der Gesellschaft immer wieder abzuringen waren. Falcke rief mit seinem theologischen Vortrag vor der Synode die Kirche als Podium für ein gesellschaftlichpolitisches Gespräch aus. Die Rede vom „verbesserlichen Sozialismus“ machte ihn freilich in den Augen der SED zum revisionistischen Denker innerhalb der Kirche. Fortan verteidigte er in Aufsätzen und Reden die sozialetischen Gruppen und das friedensethische Engagement der Kirche. Seine leise und beständige Arbeit als Kirchenleitungsmitglied der Kirchenprovinz Sachsen seit 1973, als Mitglied des Ausschusses Kirche und Gesellschaft beim Bund der Evangelischen Kirchen seit 1960, als langjähriges Mitglied der Bundessynode und als einer der Organisatoren des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung half im Unterschied zu anderen Kirchenführern, daß die Kirche sich den aufflackernden Widerstandsbestrebungen öffnete.

### 3. *Systemkonfrontation und Ökologisierung der Produktion – Edelbert Richter*

Das Abschreckungs- und Bedrohungspotential der Atomwaffen und die Militarisierung der DDR-Gesellschaft provozierten in Körpersprache und Zeichenhandlung, Demonstration und spiritueller Aktion eine neue gesellschaftliche Mobilität. Widerständiges Handeln sammelte sich so um die Frage nach der Erhaltung des Friedens in Europa und Deutschland. Die SED sprach fortwährend vom Friedensstaat. Einerseits konnten unter dem Begriff des Friedens viele Menschen in Gruppen und Zusammenschlüssen gesammelt, andererseits in diesen Begriff hinein politische Theorien und widerständige Forderungen gegen das Regime intendiert werden. Einer der wenigen, die sich als Theoretiker in das verschlungene Netz der Gruppen einbinden ließen, war

7 Heino Falcke, Christus befreit – darum Kirche für andere, in: „Mit Gott Schritt halten“, S. 23, 24 u. 25.

Edelbert Richter. Der promovierte Theologe und Naumburger Studentenpfarrer lehrte in Privatzirkeln und dort auch vor SED-Genossen, in Friedensgruppen und auf regionalen Friedensseminaren, in Studentengemeinden und Akademikerkreisen. Mit dialektischer Methode bewegte er die Frage nach dem Verhältnis von christlichem Glauben und Demokratie, von protestantischer Ethik und marxistischer Gesellschaftslehre, von nationaler Identität und internationaler Friedensordnung. Er gehörte später zu den Gründern des „Demokratischen Aufbruch“, einer der Wendegruppierungen. Richter war, anders als Bahro und in Ansätzen Falcke, nicht darauf bedacht, für eine bestimmte Personengruppe bzw. einen handelnden Zusammenschluß, wie etwa die Kirche oder die mutmaßlich reformwilligen SED-Genossen, eine handlungsleitende Analyse und Programmatik aufzustellen. Richter dachte und schrieb, und es kamen diejenigen, die mit seinem Denken fortan besser ihre politischen und sozialetischen Ziele formulieren konnten. Und diese waren eben zumeist Mitglieder aus Oppositionsgruppen. Im Laufe der achtziger Jahre arbeitete er an einem geistesgeschichtlich angelegten Werk, welches die Ziele für eine demokratische und ökologische Wende in der DDR und darin die Aufgabe der Christen zu formulieren gedachte. Dem Verfasser liegt dieses über Jahre hin gewachsene Manuskript vor. Ein Auszug daraus erschien im Juli 1989 unter dem Titel „Zweierlei Land – eine Lektion. Konsequenzen aus der deutschen Misere“ (Selbstverlag radix-blätter) in einer unabhängigen Verlagsproduktion. Die Auflage betrug seinerzeit 1.000 Exemplare, doch zu einer Diskussion um Richters Ansichten kam es in dem politisch ereignisreichen Jahr 1989 dann nicht mehr. Erst 1991 erschienen Teile des Manuskripts in zwei Büchern. Insbesondere seine deutschlandpolitischen Thesen korrigierte Richter in dem Essays „Erlangte Einheit – Verfehlte Identität“.<sup>8</sup>

Im Jahr 1985 wurde Richter von Mitgliedern aus unabhängigen und kirchlichen Friedensgruppen aufgefordert, zum 40. Jahrestag der Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems einen Denkansatz zu formulieren, der die gegenwärtige Friedensfrage und die drohende atomare Systemkonfrontation behandelt und eine gesellschaftspolitische Antwort formuliert. Richter nannte diesen Aufsatz „Zu den inneren Ursachen der Blockkonfrontation in Europa“<sup>9</sup>. Dieser Titel machte deutlich, daß der Autor die jeweilige innenpolitische Antwort auf systembedingte Gründe für die Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt formulieren wollte. Mit diesem Denken verband sich somit erklärte Opposition gegen die Demokratieunfähigkeit des sowjetisch dominierten Systems in der DDR:

<sup>8</sup> Edelbert Richter, *Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR*, Leipzig und Weimar 1991; *Erlangte Einheit – Verfehlte Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik*, Berlin 1991.

<sup>9</sup> Der Aufsatz liegt im Typoskript vor.

„...Vermutlich werden die Ursachen richtig bestimmt, jedoch seltsamerweise jeweils allein beim Gegner entdeckt. Wie aber, wenn die westliche Ordnung nicht demokratisch und die östliche selber nicht sozialistisch wäre? Wenn man also das, was man als friedensgefährdend erkannt hat, auch bei sich selber entdecken müßte? Wie, wenn beide sich derart im Widerspruch zu sich selbst befänden? Dann käme unsere bedrohliche Situation genau dadurch zustande, daß jeder diesen Widerspruch, in dem er zu sich selbst steht, auf den anderen zurückführt und die fehlende eigene Glaubwürdigkeit durch Gewalt ersetzt! Und dann wäre es die Aufgabe der Friedensbewegung in den beiden Blöcken, diesen Projektionsmechanismus zu hinterfragen und jeden zu sich selbst (zur eigenen Sache) zurückzurufen. Unsere Hoffnung wäre dabei also: würde nur jeder seine Sache wieder einigermaßen glaubwürdig vertreten können (die sogenannten Demokraten die Demokratie, die sogenannten Sozialisten den Sozialismus), man brauchte um den Frieden nicht mehr besorgt zu sein.“

Richter antwortete auf die nach seiner Ansicht systemimmanenten Probleme mit dem Verweis auf das gestörte Verhältnis zur Natur:

„Wir können heute die Antwort geben: durch die Krise des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur, den 'Streik' der Natur einerseits und der Menschen andererseits.

Mit den gegensätzlichen zwischenmenschlichen Verhältnissen 'Demokratie' und 'Sozialismus' sind ja seltsamerweise nicht gegensätzliche, sondern durchaus gleichartige Verhältnisse zur Natur verbunden.

Wir ziehen daraus die Lehre: ein neues Verhältnis zwischen den menschlichen Gesellschaften setzt auch ein neues Verhältnis zur Natur voraus. Die Modelle, die in diese Richtung weisen, sind inzwischen bekannt: Organisches, qualitatives Wachstum; Ökologisierung der Produktion; Humanisierung der Arbeit; persönlichkeitsfördernde Technologie; Lebensqualität statt Lebensstandard usw. Und der Entscheidungsdruck, der auf dem hochindustrialisierten, bevölkerungsreichen und rohstoffarmen Territorium Mitteleuropas lastet, ist auch in dieser Hinsicht besonders groß.“

Richter dachte dialektisch, indem er die jeweiligen Vorzüge der Systeme, nämlich Demokratie und Sozialismus, gegen die jeweiligen Nachteile, nämlich Ausbeutung und Unfreiheit, setzte und aus den Vorzügen eine auf den einzelnen Menschen gezielte ökologische Politik formulierte. Das wirkte faszinierend auf viele Engagierte. Erstmals wurde begründet, daß friedenspolitisches Engagement gerade die Defizite und Wunden der eigenen Gesellschaft aufzudecken hat, daß Entspannungspolitik, friedliche Koexistenz oder Ausgleich zwischen Stabilität und Emanzipation nicht mehr die Problematisierung der Demokratiefeindlichkeit und der Menschenrechtsverletzungen in der DDR verhindern können. Richters Aufsatz wurde vielfach „abgezogen“, das heißt vervielfältigt, auch in Zeitungen und Zeitschriften des Westens aufgenommen und zitiert. Ich verhehle nicht, daß mir das zweiseitige, auf Gegensätze fixierte,

gewissermaßen duale Denken Richters auch fragwürdig war, aber für theoretisch interessierte Oppositionelle formulierte er die Verknüpfung der Friedensmit der Demokratiefrage. Er konnte noch nicht wissen, daß damit, also von den gesellschaftlichen Problemzuständen her, die deutsche Frage für offen erklärt wurde – bekanntlich ein staatsfeindlicher Akt in der DDR. Mit dem Ende des Sozialismus sind seine Thesen nicht hinfällig geworden, freilich müssen sie als innenpolitische Fragen neu und mehrseitig bzw. komplexer behandelt werden. Selten schloß ein theoretisches Konstrukt mit Fragen. Richter wollte kritisches Denken anregen und hat selbst eine Frage gestellt, die seinen Aufsatz übertrifft.

„...Stimmt es überhaupt, daß die Dynamik des Kapitalismus einerseits und die Dynamik unkontrollierter politischer Herrschaft andererseits die Blockkonfrontation bewirken? Kann sich Kapitalismus nicht auch auf ökonomische Expansion beschränken? Und wird eine Demokratisierung des Staats nicht gerade seine Expansionskraft erhöhen?

...Trifft es denn zu, daß das außenpolitische Problem des Friedens sich heute als die bloße Kehrseite des Problems der Vereinigung von Sozialismus und Demokratie auf der Grundlage ökologisierter Produktion erweist?“

#### 4. *Vormundschaft und gesellschaftlicher Diskurs – Rolf Henrich*

Gleich den Autoren Rudolf Bahro oder auch Robert Havemann kam Rolf Henrich auf einem langen Wege durch die Partei- und diese dann schließlich verlassend – zu seinen analytischen und programmatischen Feststellungen. Henrichs Buch „Der vormundschaftliche Staat“ erschien im April 1989.<sup>10</sup> Das Buch spiegelte deutlich den beginnenden Ablösungsprozeß von der DDR, anders als bei den Autoren Bahro, Falcke und Richter. Bereits mit dem Titel kam Henrich auf den Kern der Sache: die Vormundschaft der SED gegenüber der Bevölkerung. Wollte Bahro das differenzierte System der subalternen Einordnung in die Machtpyramide von innen her aufbrechen, so verzichtete Henrich darauf, sich an eine soziale Schicht zu wenden, die sein Programm tragen sollte. Sein Buch- und so war wohl das Empfinden in großen Teilen der DDR-Bevölkerung in den Jahren 1988/89 – spiegelte einen Selbstappell an moralische Grundwerte wider. Aus heutiger Sicht hat Henrich das Vermächtnis des aufrechten Gangs zum Abschied von der DDR niedergelegt. Henrichs vorsichtiger Abschied vom Sozialismus und sein Appell an Kraft und Würde des einzelnen macht wie kein zweites Buch deutlich, von welcher Moral der kontinuierlich wachsende Widerstand gegen das SED-Stasi-System seit dem Honecker-Besuch im Sommer 1987 in Bonn getragen war. Seine Aussagen gerade im dritten und vierten Teil sind in theoretischer Hinsicht wenig

<sup>10</sup> Rolf Henrich, *Der vormundschaftliche Staat*, Hamburg 1989.

ambitioniert und wollen nicht die Alternative für die bessere Gesellschaft vorzeichnen.

Dem Selbstverständnis von Richter vergleichbar, stellte der Autor abschließend Fragen unter dem Titel „Warum ich dieses Buch geschrieben habe?“ Die Diskussion, ein schichtenübergreifender Dialog über einen neuen gesellschaftlichen Konsens, stand ihm im Sinn. Henrichs Buch wirkte weniger handlungsanleitend und sinnstiftend als die Schriften anderer Autoren, man denke z. B. an Christa Wolf, Günter de Bruyn, Jürgen Fuchs oder auch die Liedermacher Wolf Biermann und Bettina Wegner. Auch konnten sich die Aktivisten nicht mit seiner Person identifizieren, wie das häufig etwa im Blick auf den Jesus der Bergpredigt, Martin Luther King oder Mahatma Ghandi und die Gewaltfreiheit, Dietrich Bonhoeffers Widerstand, Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, die Radikalität der Geschwister Scholl oder Petra Kellys zivilen Ungehorsam geschah. Der Autor Henrich beschrieb den selbst beschlossenen Auszug aus der DDR, ohne daß die damit verbundenen Konsequenzen wirklich schon reflektiert wurden. Er sagte über eine demokratisierte, rechtsstaatliche Gesellschaft:

„Jeder Reformbewegung im deutschen Staatssozialismus, die Änderungen in dieser Richtung bewirken will, wird die Unterstützung innerer und äußerer Kräfte schon deshalb zuteil werden, weil sie eine Beendigung der durch die 'Geschlossenheit' der sozialistischen Gesellschaft hervorgerufenen Leiden verspricht. Ob jedoch im Verlaufe eines solchen Prozesses eine wirkliche Neugliederung des sozialen Organismus entsteht oder ob im Ergebnis der gesellschaftlichen Umwälzungen lediglich eine dem Staatseigentum verpflichtete östliche Gesellschaftsversion zum Zuge kommt, die in gesteigertem Maße bestrebt ist, westlichen Vorbildern möglichst im Detail noch nachzueifern, hängt ganz entscheidend von der gesteigerten Sozialfähigkeit aller den Wandel tragenden Kräfte ab.“<sup>11</sup>

Mit dem Begriff „Leiden“ hob der Autor auf die subjektive Seite der Sozialfähigkeit einer Gesellschaft und damit auch auf das widerständige Verhalten des einzelnen gegenüber dem aufgesetzten System ab. An anderer Stelle heißt es:

„Auch im Sozialismus bleibt das menschliche Leben ein 'Sein zum Tode'“.<sup>12</sup> Aus der Gedankenwelt Friedrich Nietzsches heraus machte hier ein ehemaliger SED-Genosse auf die Endlichkeit eines jeden Menschenlebens aufmerksam. Daß unsere Zeit bemessen ist und wir ein Recht darauf haben, unsere Leiden zu artikulieren, war wohl ein wesentlicher Grund für die nach den fünfziger Jahren zweite Fluchtwelle, wie es etwas abfällig hieß, im Sommer 1989 und die demokratische Volksbewegung. Über diese sehr persönlichen Gründe,

<sup>11</sup> Rolf Henrich, a.a.O., S. 264.

<sup>12</sup> A.a.O., S. 219.

die aber doch wirklich entscheidend für das allgemeine Aufbegehren waren, läßt sich nur schwer Auskunft geben. Hier artikuliert sich eine Opposition aus erwachender Selbstachtung und eben nicht eine spezifische Formation – ein Begriff, mit dem Henrich den Ablöseprozeß Kapitalismus-Sozialismus beschreibt – für eine neue Gesellschaft, für einen Sozialismus neuen Typs. In der Summe der Ereignisse wirkte wohl Rolf Henrichs Buch weniger als die Schriften anderer Autoren, aber wie kein anderes spiegelte es in theoretischer Absicht Lage, Gedankenwelt und Hoffnung eines aufkommenden Widerspruchgeistes in den Jahren 1988/89. Auch die seit der Öffnung der Archive des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR im Januar 1991 schärfer gewordene Kritik an der evangelischen Kirche wird bei Henrich schon vorgezeichnet. Persönliche Enttäuschung, daß die Kirche die Leiden der Menschen nicht vorbehaltlos und in klarer Form den staatlichen Organen vortrug, mag in seiner Kritik mitschwingen. Daß sich die evangelische Kirche als „Kirche im Sozialismus“ mit Bonhoeffers Formel der „Kirche für andere“ schmückte, nahm Henrich besonders übel.

„Geradeso als wollte Bonhoeffer der mißbräuchlichen Verwendung des Begriffs 'Kirche für andere' vorbeugen, stellte er sogleich seinem Wort klare Handlungsmaximen an die Seite. 'Um einen Anfang zu machen', sollte die Kirche nach den Vorstellungen Bonhoeffers 'alles Eigentum den Notleidenden schenken.' Und die Pfarrer sollten 'ausschließlich von den freiwilligen Gaben der Gemeinden leben, evtl. einen weltlichen Beruf ausüben.'“<sup>13</sup>

Es ist nicht meine Ansicht, daß die eine christliche Kirche ihr Zeugnis für die Notleidenden der Welt auf diese Weise stärkt. Obwohl die hausgemachten Verfehlungen der sichtbaren Kirche groß sein können, kann doch gerade der geöffnete Raum oder das „Dach der Kirche“ Schutz bieten, wie in den Fürbittandachten und Friedensgebeten des Herbstes 1989 deutlich wurde. Aber Henrich kam schon auf den Punkt: die Gefahr der Kirche, nicht von den Leiden der Menschen her ihr Zeugnis zu aktualisieren und in mißbräuchlicher Rede oder zweifelhaften Kompromißformeln die Widerstandskraft der Menschen nicht zu stützen. Er selbst, Henrich, plädierte auch nach der Etablierung der DDR-Friedensbewegung nicht für eine ordnungs- und stabilitätspolitische Arbeitsteilung zwischen Staat und Kirche, für die namentlich Manfred Stolpe stand, sondern dafür, daß die Kirche Basis für Mündigkeit wird.<sup>14</sup>

Das Buch „Der vormundschaftliche Staat“ dokumentiert die Ablösung von systemimmanenten Denkweisen, nimmt Abschied von einer bloßtheoretischen Suche nach dem handelnden gesellschaftlichen Subjekt und rückt wieder den einzelnen, sein Erleben und seine Bedürfnisse ins Zentrum politischer Ethik, und damit kommt Henrich liberaler Denktradition nahe.

<sup>13</sup> Rolf Henrich, a.a.O., S. 230. Henrich zitiert hier aus Bonhoeffers Buch „Widerstand und Ergebung“, Aufzeichnung aus dem Gefängnis 1943–45.

<sup>14</sup> Vgl. im ganzen S. 223–242.

## 5. *Problematierung der sozialistischen Ideologie in Deutschland-Ost*

Die Darstellung ausgewählter theoretischer Ansätze verfolgt die Absicht, das allgemeine Vorurteil, in Deutschland-Ost hätte es keine Theoriedebatte gegeben, zu widerlegen. Diese Debatte bereitete oppositionelles Handeln vor und spiegelte zugleich die Grenzen dieses Handelns wider. Der Hinweis darauf, daß es sich bei den theoretischen Ansätzen um bloße Fortschreibung des revisionistischen Marxismus und der Frankfurter Schule handelt, greift zu kurz. Denn im Gewand der Theoriedebatte wurde niemals nur von dem ökologischen, demokratischen, humanen, verbesserlichen Sozialismus gehandelt, sondern immer auch über einzelne Verbesserungen, über die radikale Kraft der Menschlichkeit, über die Aufwertung des Menschen in demokratischen und basisdemokratischen Vorgängen und über den Wert, im Einklang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen zu arbeiten. Daß es mit den genannten Adjektiven um die eigentlichen Lebensfragen ging, hätte wohl früher analytisch begriffen werden können. Adjektiv-Theorien sind entstanden, so möchte ich es einmal nennen, in denen die Rede vom Sozialismus mehr und mehr eine legitimatorische Funktion einnahm. Denn darin waren sich viele einig, daß das System nicht als ganzes in Frage gestellt werden sollte. Wer sich einmal entschieden hatte, in der DDR zu bleiben, suchte bis hin zur Verzweiflung nach positiven, aber doch kritischen Auswegen aus dem Dilemma. In ähnlicher Weise wurde dann auch der Begriff vom Frieden ergänzt: Frieden und Umwelt, Frieden und Menschenrechte, wie sich erste informelle Gruppen, zum Teil auch außerhalb der Kirche seit 1983 bzw. wie im Falle der bedeutensten Gruppierung „Initiative Frieden und Menschenrechte“ seit 1985, nannten.

Es bedeutete etwas anderes, wenn linke Theoriediskussion im Westen oder unter den Bedingungen relativer Freiheit geführt wurde, denn dort herrschte das doppelte Mißverständnis vor, daß nämlich die Revolution die neue Gesellschaft ans Licht brächte und daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Anfang gemacht sei. Dennoch wurde schon in der DDR- und mit Henrichs Buch in beeindruckender Weise – ein Defizit an Selbstreflexion und grundsätzlicher Problematierung des Sozialismus als vermeintlich realer Projektionsfläche für die Ideale der besseren, der besten Gesellschaft eingestanden. Diese Projektion wurde in den selbstverlegten Zeitungen und Zeitschriften der Jahre 1985 bis 1989 sowie in den Friedens- und Umweltbibliotheken, etwa in Berlin, Leipzig, Zwickau und Dresden, thematisiert. Höhepunkt dieser Tendenz war die Herausgabe einer Aufsatzsammlung mit Texten von Václav Havel<sup>15</sup>. Gerade Václav Havel hatte mit seinen Essays „Anatomie einer Zurückhaltung“ aus dem Jahre 1985 nachhaltige Wirkung auf Oppositionelle:

<sup>15</sup> Václav Havel, Versuch in Wahrheit zu leben, und andere Texte in Auszügen. Gemeinsame Sonderausgabe von Kontext und Ostkreuz., Berlin 1989.

„Vielfältige extreme Beispiele dieses ‚Kurzschlusses des Denkens‘- einmal eher traurige, einmal ziemlich tragische und manchmal nur und nur gespenstische – kennen wir aus der Geschichte: Marat, Robespierre, Lenin, Baader, Pol Pot. Mir geht es aber hier nicht um diese Stars des Fanatismus, sondern um die unauffällige Versuchung, in deren Gestalt der Keim des Utopismus (und damit auch des Totalitarismus) in wohl fast jedem Menschen gegenwärtig ist, der noch nicht allem gleichgültig gegenübersteht.“<sup>16</sup>

Auch die deutsche Frage und die außenpolitischen Bedingungen bzw. Vorgaben für innenpolitische Aktionen, die bei Henrich und Richter und sehr deutlich bei Havemann anklangen, wurde zunehmend bedacht, und das oppositionelle Handeln bezog sich darauf: Der Grundlagenvertrag (1972) zwischen der DDR und der Bundesrepublik, die Schlußakte von Helsinki (1975), die Ausbürgerung Wolf Biermanns (1976), der Nato-Doppelbeschluß zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (1979), die Gewerkschaft „Solidarnosc“ (1980), das Auftreten Gorbaschows (1985) und der Honecker-Besuch in der BRD (1987).

Daraus wurden politische Forderungen abgeleitet: Reisefreiheit, Menschenrechte, einseitige Abrüstung, Recht auf Widerstand, demokratische Umgestaltung, Pressefreiheit, deutsche Einheit. Die Opposition war nicht mehr bereit, innere Konflikte mit außenpolitischen Grundsätzen zu verdecken. Die Problematisierung des Sozialismus als gesellschaftliche Vision, vor allem aber seine real-existierende Gestalt avancierte allmählich zum zentralen Thema.

## II. *Die Jahre 1981/82 und die Entstehung widerständiger Gruppen*

### 1. *Der „Berliner Appell“ und die Neutralitätsthese Robert Havemanns*

Der „Berliner Appell“ vom 25. Januar 1982, schon im Titel mit dem Slogan der westdeutschen Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“ belegt, war wohl die bekannteste unabhängige Friedensinitiative in Ostdeutschland. Nicht allein die Initiatoren Robert Havemann und Rainer Eppelmann sowie die laut Auskunft von Gerd Poppe nahezu 2000 Unterzeichner, sondern die politische Zuspitzung machten diesen Appell besonders bekannt. Im „Berliner Appell“ kam die Initiation politischer Opposition im Rahmen der Friedensbewegung zum Ausdruck, denn nicht „friedliche Koexistenz“, die Friedensformel der SED und ihrer Verbündeten, nicht die Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung, die förmliche Absage der evangelischen Kirche und nicht die sozialdemokratische Vorstellung von einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West bildeten den Hintergrund für die Initiative, sondern die deutsche